

**Haushaltsrede der FWG zum Kreishaushalt 2012;  
am 09.01.2012 im Kreistag vorgetragen durch  
Fraktionsvorsitzender Wolfgang Zimmer**

**Sehr geehrter Herr Landrat Diel,  
liebe Kolleginnen und Kollegen  
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

**wir sollen heute über den Kreishaushalt 2012 beschließen und müssen feststellen, dass wir im Prinzip keinen großen Handlungsspielraum mehr besitzen. Den kleinen bescheidenen Gestaltungsspielraum, den wir trotz unserer hohen Kreisverschuldung in den vergangenen Jahren noch hatten, der wird uns durch den Beitritt zum Kommunalen Entschuldungsfond und dem Nachweis eines Konsolidierungskonzepts gänzlich genommen. Von kommunaler Selbstverwaltung kann hier nicht mehr die Rede sein. Es ist zu einer kommunalen „Mangelverwaltung unter strenger Staatsaufsicht“ geworden. Generell ist festzustellen, dass es keinen Sinn macht über die aktuellen Zahlen unseres Kreishaushalts zu debattieren. Zunächst einmal vertrauen wir darauf, dass die von der Verwaltung in den Kreishaushaltsentwurf 2012 eingebrachten Zahlen richtig und notwendig sind. Ob wir nun 15 Mill., 17,5 Mill., 20 Mill. oder 25 Mill. € Neuverschuldung beschließen, darauf kommt es doch gar nicht mehr an und dies in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen und niedriger Zinsen. Fakt ist, dass unser Landkreis im Prinzip bankrott**

ist und – sofern sich ganz von oben gesetzlich nichts ändert – hilflos in griechenlandähnliche finanziell desolate Verhältnisse hinsteuert bzw. sich schon darin befindet. Da wird auch ein Beitritt zum Kommunalen Entschuldungsfond nicht dauerhaft helfen, die finanziellen Probleme unseres Landkreises zu lösen. Wir reden uns hier die Köpfe heiß, wie wir die 1,4 Mill. jährlicher Eigenbeitrag unseres Kreises zum KEF aufbringen, um zu erreichen, dass wir uns jährlich um 4,2 Mill. € entschulden und gleichzeitig vermindert das Land seine Wohngeldentlastungszahlungen in bisheriger Höhe. Ursprünglich ein Weg brechen von bisherigen Einnahmen von 4,3 Mill. € Nach dem vom Land angekündigten neuerlichen Ausgleich für unseren diesbezüglich besonders belasteten Landkreis vermindert sich die Ausgleichszahlung dennoch um 1,8 Mill. € jährlich. Dennoch weiß auch unsere Fraktion, dass wir grundsätzlich dem Kommunalen Entschuldungsfond beitreten müssen, weil wir – ausgehend von jährlicher „Entschuldung“ von 4,2 Mill. € in 15 Jahren den Kreis um 63 Mill. € entschulden. Mit dem Beitritt zum KEF beginnen wir in 2012. Es betrifft die bis 2009 aufgelaufenen Kassenkredite. In 2010 – 2012 wird sich unser Landkreis aber gleichzeitig wieder um mehr als weitere 63 Mill. neu verschuldet haben. Man muss sich vor Augen halten, dass sich unserer Kreis bei unveränderten gesetzlichen Bedingungen in den nächsten 15 Jahren um voraussichtlich 225 - 300 Mill. € neu verschulden muss. Es stellt sich dar, wie

**ein aussichtsloser Kampf gegen Windmühlen, wo wir jetzt schon wissen, dass wir diesen Kampf nicht gewinnen können.**

**Zudem sollen wir hinsichtlich des Beitritts zum Kommunalen Entschuldungsfond Dinge mittragen bzw. beschließen, die auch nicht in der speziell hierfür eingerichteten Arbeitsgruppe wie auch nicht vorberatend im Kreisausschuss behandelt wurden.**

**Die nunmehr vorgeschlagene Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrags des Abfallwirtschaftsbetriebs in Höhe von 120.000 € ist momentan rechnerisch für uns nicht nachvollziehbar. Es ist festzustellen, dass diese Summe in dem am 05.12.2011 in dem von uns beschlossenen Wirtschaftsplan des AWB nicht enthalten ist. Dennoch wird sich unsere Fraktion generell nicht gegen eine angemessene Erhöhung des Verwaltungsbeitrags sperren. Für die Zukunft erwarten wir jedoch hierfür eine nachvollziehbare verursachergerechte Abrechnung, weil letztendlich diese Mehrkosten über den Gebührenhaushalt des AWB abgedeckt werden müssen, d.h. letztendlich, dass der Bürger diese Mehrkosten zu tragen hat.**

**Auch mit dem vorgeschlagenen KEF-Beitrag des Amtes 4 mit der Kürzung der „Integrationshilfe behinderter Kinder in Schulen“, der Kürzung der Vergütung Notunterkünfte für Wohnungslose sowie die Einstellung der Förderung der Schuldnerberatung tut sich unsere Fraktion sehr schwer, weil es letztendlich Personenkreise trifft, die**

**auf diese Hilfen und Unterstützungen angewiesen sind. Und es ist sehr kurz gegriffen, diese Unterstützungen einfach einzustellen bzw. zu reduzieren, weil es vorbeugende Hilfen bzw. Unterstützungen sind, die bei einer Einstellung letztendlich an anderer Stelle erhöhte Kosten auch für den Kreis verursachen können.**

**Gleiches sehen wir mit der vorgesehenen Kürzung der Leitungsfreistellung KiGa um 50 %. Wir waren uns alle hier im Kreistag bei der Beschlussfassung bzw. Einführung dieser Leitungsfreistellung einig darüber, dass die Belastungen der Kindergartenleitungen stark zugenommen haben und deswegen eine Leitungsfreistellung sinnvoll und notwendig ist. Nun soll dies zu 50 % wieder zurückgenommen werden. Letztendlich heißt dies vor Ort, dass die Kindergartenträger vor die Entscheidung gestellt sein werden, ob sie die Leitungsfreistellung mit verminderter Bezuschussung weiter betreiben oder ob sie die Leitungsfreistellung wieder einstellen. Bei einer Fortführung der Leitungsfreistellung bedeutet dies für den Kindergartenträger eine erhöhte Kostentragung. Mit der 50 %igen Kürzung sollen wir also eine Mehrbelastung für unsere Ortsgemeinden und damit auch eine versteckte Kreisumlagerhöhung beschließen bzw. mittragen.**

**Gleiches gilt für die Streichung des Zuschusses „Werbung Naheland-/Hunsrücktouristik“ und des Mitgliedsbeitrags beim Tourismus- und**

**Heilbäderverband. Wenn man die Arbeit dieser Verbände für notwendig und wichtig ansieht, dann muss man sie auch mitgliedschaftlich unterstützen. Wir verkennen in diesem Zusammenhang aber natürlich auch nicht die dringende Notwendigkeit des Sparens. Man kann sich aber auch an kleinen Dingen „kaputt sparen“.**

**Auch die Kürzung des Zuschusses für das Orgel-Art-Museums um 30.000 € findet unsere Zustimmung. Generell wird es sich sowieso im Laufe diesen Jahres zeigen bzw. ergeben, wie es um den Fortbestand dieses Museums steht.**

**Den Schritt in die richtige Richtung sehen wir auch bei den vorgeschlagenen finanzträchtigen Einsparungen im Bereich des Gebäudemanagements/Gebäudeunterhaltung. Hier gilt es in der Zukunft vermehrt auch Standards abzubauen. In diesem Zusammenhang ist es aber auch unser großer Wunsch – was unsere Fraktion auch in der Vergangenheit schon öfters gefordert hat -, dass die Fachausschüsse – vornehmlich der Bauausschuss - nicht nur mit der Vorberatung von Haushaltsansätzen befasst werden, sondern z.B. der Bauausschuss auch speziell im Rahmen von unseren kostenträchtigen Baumaßnahmen im Vorfeld bei der Planung und bei der Aufstellung von Leistungsverzeichnissen, welche vor den Ausschreibungen aufgestellt werden. Bisher war dies ein Betätigungsfeld lediglich der Planer und der**

**Verwaltung. Hier sehen wir die große Möglichkeit ehrenamtlichen fachlichen Einsatz mit einzubringen, um Investitionskosten einsparen zu können und auch um gehobene Standards absenken zu können, ohne dass die Sache darunter leiden muss.**

**Auch die Umstellung der Grünpflege an Kreisliegenschaften von fremd zu eigen wird von unserer Fraktion ausdrücklich begrüßt.**

**Insgesamt ist der Verwaltung zu bescheinigen, dass man sich im Rahmen der bescheidenen Möglichkeiten bemüht hat, die notwendigen Einsparungen zum Beitritt zum KEF zu erbringen und nach Möglichkeit eine Kreisumlagerhöhung zu vermeiden. Jetzt gilt es abzuwarten, ob die Aufsichtsbehörde diese Vorschläge alle so akzeptiert. Insoweit besteht hier noch ein gewisser Unsicherheitsfaktor und deswegen werden wir auch den Verwaltungsvorschlag mittragen, eine vorsorgliche Erhöhung der Kreisumlage von 0,30 % zu beschließen, um noch einen gewissen finanziellen KEF-Puffer zu haben.**

**In diesem Zusammenhang erwarten wir jedoch bis zum Beginn der Kreishaushaltsberatungen 2013 eine Gegenüberstellung von der Verwaltung, was insgesamt an KEF-Einsparungen von der Kommunalaufsicht akzeptiert und tatsächlich in 2012 erreicht wurden und was letztendlich von dem augenblicklichen durch die 0,3 %**

**Kreisumlagerenerhöhung ausgewiesenen Puffer von 218.700 € dann noch verblieben ist.**

**Aus alledem folgernd wird die FWG-Kreistagsfraktion dem Beitritt zum Entschuldungsfond mit den von der Verwaltung eingebrachten Einsparungsvorschlägen grundsätzlich zustimmen und auch den Kreishaushalt 2012 mit der vorgeschlagenen Erhöhung um 0,3 % mittragen, sofern bei dem KEF-Katalog die 100.000 € Kürzung bei der „Leitungsfreistellung“ herausgenommen werden. Hier unterstützen wir den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, weil wir auch der Meinung sind, dass eine Streichung dieser Mittel das Gesamtprojekt Leitungsfreistellung substanziell gefährdet. Eine Gegenfinanzierung für die Herausnahme des Kürzungsvorschlags wäre durch die Verminderung des vorgesehenen finanziellen Puffers aus der 3 % Kreisumlagerenerhöhung von 218.000 auf 118.000 € gegeben. Für den Fall, dass dieser Änderungsantrag nicht die mehrheitliche Zustimmung in diesem Gremium finden sollte, kündige ich hiermit jetzt schon an, dass wir uns dann bei der Abstimmung über den Kreishaushalt 2012 der Stimme enthalten werden.**

**Ich bedanke mich auch namens meiner Fraktion – bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und hier im Besonderen bei den Herren Schlosser und Ryschawy – für die geleistete Arbeit.**

**Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.**

Eingehend auf den Diskussionsbeitrag von Herrn Nuphaus in Bezug auf die Einführung einer progressiven Kreisumlage:

**Nach wie vor nicht anfreunden können wir uns mit der von der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN wieder in Diskussion gebrachten Erhebung einer progressiven Kreisumlage. Unsere Fraktion vertritt hier – wie in den Vorjahren – die Auffassung, dass hierdurch nur eine Neiddiskussion entfacht. Gemeinden, die in der Vergangenheit viele Mill. € in die Entwicklung der eigenen Industrie- und Gewerbegebiete gesteckt haben, würden mit einer solchen – aus unserer Sicht verantwortungslosen Politik – um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Diese Gemeinden leisten schon jetzt mit ihrer Steuerkraft den größten Teil der Kreisumlage. Dies kann so nicht richtig sein und findet deshalb auch nicht die Zustimmung der FWG-Fraktion.**